

Bern

Anzeige

Für Sie. Von uns.
30% Rabatt
100% Beratung



Wyser AG · Bethlehemstr. 197 · 3018 Bern · 031 997 34 34

wyser

Das Veloverleihsystem kommt ins Rollen

Der Berner Stadtrat hat den Planungskredit für das Kernstück von Wyss' Velooffensive gesprochen.

Fabian Christl

Die Vorstellung gefällt SP-Gemeinderätin Ursula Wyss: Die Stadt Bern, vollgepflegt mit Veloverleihstationen, wo sich Fahrfreudige zu jeder Tages- und Nachtzeit bedienen können. Die Vorstellung gefällt auch dem Stadtrat. Gestern hat er einem Planungskredit im Umfang von 300 000 Franken mit 40 Ja- zu 13 Nein-Stimmen zugestimmt. Die Fraktionen von links aussen bis hin zur GLP verhalten dem Geschäft zu einer soliden Mehrheit. Begeisterung weckte das Kernstück der wyss'schen Velooffensive allerdings nur bei der SP-Fraktion: Sprecher Michael Sutter sprach von einem «Meilenstein» der Veloförderung. Veloverleihsysteme hätten sich in ganz Europa zu «Erfolgsgeschichten» entwickelt. «Sogar in der USA gibt es das schon.»

Veloverleih für Arbeitslose

Das Veloverleihsystem geht auf eine Motion der Fraktion GB/JA aus dem Jahr 2009 zurück. Dass diese nun umgesetzt wird, begrüsst Seraina Patzen (JA). «Gerade für Pendler bietet so ein Verleih viele Vorteile», sagte sie. Franziska Grosenbacher (GB) unterstrich die sozialpolitische Dimension des Verleihsystems. Sie freute sich über die städtische Vorgabe, dass der künftige Betreiber mit dem Kompetenzzentrum Arbeit (KA) – und somit mit Langzeitarbeitslosen – zusammenarbeiten muss.

Die Kritiker aus dem bürgerlichen Lager störten sich vor allem an der Dimension des Projekts. So sehen die städtischen Pläne vor, dass rund 2000 Fahrräder an 180 Verleihstationen zur Verfügung stehen werden. Mehrere Sprecher betonten, dass sie einer abgespeckten Variante eigentlich nicht abgeneigt wären, aber in dieser Form den Kredit zurückweisen müssten. «Ich hätte schon gerne einen Rolls Royce», sagte etwa Philip Kohli (BDP), «aber ich kann mir leider keinen leisten».

Zu reden gab auch der erhoffte Nutzen des Verleihsystems. «Wer in Bern wohnt, hat bereits ein Fahrrad», sagte Alexander Feuz (SVP). Es könne nicht Aufgabe des Steuerzahlers sein, den «faulen Pendlern aus Zürich» ein solches «Luxusprojekt» zu finanzieren. Stadtbürger benutzten die Leihvelos bestenfalls, um ins Marzili zu fahren. «Und der Betreiber muss die Fahrräder dann mit dem Lastwagen wieder hochkarren.»

Ambitionierter Zeitplan

Nach dem Ja des Parlaments will die Stadt nun rasch vorwärts machen. Zuerst soll im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ein privater Dienstleister gefunden werden, der bereit ist, die detaillierten Vorgaben der Stadt zu erfüllen. «Ein grosser Brocken», sagte Ursula Wyss vor allem auch mit Blick auf Zürich dazu. Dort haben bei einer entsprechenden Ausschreibung die unterlegenen Eingebener Beschwerde gegen den Entscheid der Stadt eingelegt. «Das darf bei uns nicht passieren», sagte Wyss. Sonst wäre der ambitionierte Zeitplan der Stadt wohl hinfällig. Bereits im Herbst 2016 soll der Durchführungskredit vor den Stadtrat kommen und im Mai 2017 soll der Verleih starten.

Berner Stadtrat lehnt Waldstadt-Initiative der SVP ab

Geht es nach dem Stadtrat, soll in der Berner Gemeindeordnung kein Verbot von Waldrodungen für Wohnüberbauungen verankert werden.

Das Stadtparlament hat sich gestern Abend gegen das SVP-Begehren «Waldstadt – Nein danke» ausgesprochen. Das letzte Wort haben allerdings die Stimmberechtigten.

Gemäss der 2013 eingereichten Initiative soll die Stadt Bern keine Waldgebiete für Wohnüberbauungen roden können, solange sie über Baulandreserven auf ihrem Gemeindegebiet verfügt. Das Volksbegehren entstand als Reaktion auf die private Projektidee Waldstadt Bremer, die eine Siedlung für bis zu 8000 Menschen im Bremgartenwald vorsieht. 2014 kam der Gemeinderat allerdings zum Schluss, dass das Projekt wohl gar nicht bewilligungsfähig sei. Er will es deshalb in den nächsten Jahren nicht weiterverfolgen.

Deutliche Abfuhr

Die SVP hält trotzdem an ihrer Waldstadt-Initiative fest. Es gehe nicht nur um das Waldstadt-Projekt an sich, sondern auch um andere Wälder, sagte etwa SVP-Fraktionssprecher Rudolf Friedli. Jetzt brauche es auf Stadtebene ein klares Bekenntnis zum Waldschutz und

zum Schutz der Naherholungsgebiete. Die Stadt müsse vorbereitet sein, falls Kanton und Bund den Waldschutz einmal aufweichen.

Support erhielt die SVP einzig von der Linksausen-Fraktion. Alle anderen folgten dem Antrag des Gemeinderats, die Initiative den Stimmberechtigten zur Ablehnung zu empfehlen. Mit 49 zu 15 Stimmen erteilte der Stadtrat dem SVP-Begehren schliesslich eine deutliche Abfuhr.

Gesetzgebung «glasklar»

Die Initiative sei überflüssig, weil der Wald bereits durch kantonale und nationale Gesetze streng geschützt sei, sagten Sprecherinnen und Sprecher von der SP bis zur FDP. Schon heute sei es nur in Ausnahmefällen möglich, eine Bewilligung für Rodungen zu erhalten. Eine Änderung der städtischen Gemeindeordnung würde den Waldschutz nicht erhöhen. Die SVP betreibe reine Symbolpolitik.

«Der Waldschutz ist sehr hoch in diesem Land», sagte auch Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Die Gesetzgebung von Kanton und Bund sei «glasklar». Einzelne Votanten unterstrichen indes, ein Nein zur SVP-Initiative bedeute kein Ja zum Projekt Waldstadt Bremer.

Nun ist das Volk am Zug. Die Abstimmung über die Waldstadt-Initiative wird voraussichtlich im November stattfinden. (sda)



Auf der Südseite der Nydeggbücke sind Sicherheitsvorkehrungen in Planung. Foto: Valérie Chételat

Die Nydeggbücke soll sicherer werden

Gefährliche Situationen auf der Berner Nydeggbücke beim Bärenpark führen zur Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen im kommenden Herbst.

Meret Hasler

Eltern setzen ihre Kinder auf die Brüstung der Nydeggbücke oberhalb des Bärenparks: Diese Szene ist immer wieder zu beobachten. Von der Brücke bis zum Park geht es mehrere Stockwerke weit in die Tiefe. Dadurch hätten sich im letzten Jahr viele brenzlige Situationen ergeben, sagt Tierpark-Direktor Bernd Schildger. Er spricht von 70 dokumentierten Beobachtungen von Eltern, die ihre Kinder auf das Brückengeländer setzten.

Ein Vorfall war besonders kritisch: Eine Frau setzte ihr Kleinkind auf das Brückengeländer und drehte sich zu ihrem anderen Kind um. Ein anwesender Ranger, ein Parkaufseher des Bärenparks, konnte gerade noch eingreifen, bevor das Kleinkind von der Brüstung stürzte. Nachforschungen des «Bund» ergaben, dass dieses Ereignis entschei-

dend zur Forderung nach mehr Sicherheit beitrug. «Natürlich kann man sagen, es gilt das Prinzip Selbstverantwortung», sagt Schildger, «aber wir können nicht darüber hinwegsehen, dass unter Umständen etwas Schlimmes passieren kann.»

Die Lage erinnert daran, dass es beim alten Bärengraben in der Vergangenheit ähnliche Vorfälle gab, bei denen Kinder auf den Grabenrand gesetzt wurden. Dies führte schon damals zu heiklen Szenen.

Kredit für Massnahmen bewilligt

Wie gestern mitgeteilt wurde, genehmigte der Gemeinderat nun einen Kredit von 100 000 Franken für Sicherheitsmassnahmen an der Nydeggbücke. Ein Projektteam mit Vertretern des Tierparks, des Tiefbauamts sowie der Denkmalpflege schlug vor, auf der Brüstung zwei Vierkantprofile anzubringen. Diese verunmöglichten ein bequemes Sitzen, erklärt Hans-Peter Wyss, Leiter des Tiefbauamts der Stadt Bern. Sie sollen Eltern «daran erinnern, ihre Kinder dort nicht hinzusetzen». Der Schutz wird durch Warnhinweise und Piktogramme ergänzt. Die Massnahmen betreffen nicht die gesamte Südseite der Brücke. Sie erstrecken sich über ein zum Zöllhäuschen angrenzender Brückenabschnitt, der bis zum ersten Brückenpfe-

ler reicht. Die Veränderungen seien unauffällig und pragmatisch, heisst es in der Mitteilung. Schildger bezeichnet die Änderungen als «ästhetisch tolerabel».

Bewährte Lösung

Die Vierkantprofile entsprächen demselben System wie jenem beim alten Bärengraben, so Wyss. Dort hätten sie sich gut bewährt. Stefan Baeriswyl, Leiter Abteilung Sicherheitsdelegierte der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU), sieht das ähnlich. Die Vierkantprofile hätten grosse Chancen, sich zu bewähren, ist seine Einschätzung. Das Metallteil signalisiere eine Grenze deutlich. Er spricht von einer «gängigen und sinnvollen Lösung» mit einem idealen Kosten-Nutzen-Verhältnis. In vergleichbarer Weise sei diese bereits an anderen Standorten umgesetzt worden, etwa auf Schulhausarealen. «Es ist jedoch zentral, die Wirkung der Massnahmen nach der Umsetzung gut zu beobachten. So kann evaluiert werden, ob die eingeleiteten Schritte auch wirklich eine Entspannung der Situation bringen.»

Auch bei Bern Tourismus ist man gegenüber den geplanten Vorkehrungen positiv eingestellt. Nicole Schaffner, Public Relations Manager, sagt auf Anfrage: «Bern Tourismus begrüsst jede Art von Hinweisen, die zur Erhöhung der Sicherheit unserer Gäste beitragen.»

«Es ist zentral, die Wirkung der Massnahmen gut zu beobachten.»

Stefan Baeriswyl, BfU